

len“ nannte denn auch Chefredakteur Severo Portela in einem Abschieds-Leitartikel als Grund für das Ende der 1993 von zwei portugiesischen Rechtsanwälten gegründeten Zeitung, die einen politisch unabhängigen Kurs verfolgte. Der Verkauf der portugiesischsprachigen Zeitungen sinkt, da infolge der Lokalisierung der Staatsbediensteten immer mehr Portugiesen Macau verlassen. (SCMP, 31.7.99) Die beiden jetzt noch existierenden Zeitungen sind das *Jornal de Macau* (1982 gegründet) und die *Gazeta Macaense* (1962 gegründet). An großen chinesischsprachigen Tageszeitungen stehen ihnen die *Ou Mun Yat Pou* (*Macau Daily*, 1958 gegründet, Marktanteil: 75%), das halbamtliche Sprachrohr Beijings, und die *Va Kio Pou* (*Overseas Chinese Newspaper*, 1937 gegründet) gegenüber. -ljk-

32 Meldungen aus der Tourismusbranche

1998 kamen über 1,3 Mio. Besucher vom chinesischen Festland, 50% mehr als 1997. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1999 besuchten 238.000 Festland-Touristen Macau, doppelt so viel wie im Vergleichszeitraum 1998. Beachtenswert ist auch, daß Touristen vom Festland im Durchschnitt vier bis fünf Tage bleiben, während Besucher aus anderen Regionen sich durchschnittlich nur 1,4 Tage aufhalten. (XNA, 6.7.99)

In der ersten Jahreshälfte 1999 verzeichnete Macau mit 3.613.651 Ankünften 6,2% mehr Besucher als im Vergleichszeitraum 1998. Gäste aus Hongkong, die 59,2% ausmachten, nahmen im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1999 um 12,6% ab. Dafür stieg die Zahl der Besucher vom chinesischen Festland, aus Südkorea und Ländern Südostasiens um 141,6%, 49,5% bzw. 34,9%. (XNA, 31.7.99) Auch die Zahl der Touristen in Reisegruppen stieg an. Im ersten Halbjahr 1999 kamen über 508.000 Besucher, eine Zunahme um 18,7% zum Vergleichszeitraum 1998. Der Mai verzeichnete mit 94.448 Besuchern ein Plus von 35,3% gegenüber dem Mai 1998 und der Juni ein Plus von 30,1% gegenüber dem Juni 1998. Besucher vom chinesischen Festland, aus Taiwan und Japan machten 82% aus. Im

ersten Halbjahr 1999 reisten 19,5% mehr Macauer in Gruppen ins Ausland als im Vergleichszeitraum 1998. Im Mai 1999 fuhren 6.954 Macauer mit Reisegruppen in andere Regionen, 10,2% mehr als im Mai 1998, im Juni waren es 8.532 Macauer, 42,5% mehr als im Juni 1998. Beliebtestes Ziel war das chinesische Festland mit 54,8%. (XNA, 10.7., 7.8.99)

Auf dem Macau International Airport konnte am 30. Juli der siebenmillionste Passagier begrüßt werden. Elf Fluggesellschaften fliegen von dort in 16 chinesische Städte und acht Städte in anderen Regionen. Auch Guilin, Xi'an und Kunming werden inzwischen von Macau angefliegen. Der Flughafen hat in den dreieinhalb Jahren seit seiner Eröffnung am 9. November 1995 71.000 Flüge und 164.000 Tonnen Luftfracht abgewickelt. Der Personenverkehr des Flughafens wuchs in der ersten Jahreshälfte 1999 im Vergleich zum selben Zeitraum 1998 um 24%. Für 1999 wird ein Passagieraufkommen von 2,5 Mio. anvisiert. (XNA, 31.7.99)

Im ersten Halbjahr 1999 hat Macaus Fluggesellschaft Air Macau, ein 1995 gegründetes sino-portugiesisches Joint Venture, 4.894 Flüge durchgeführt und dabei über 592.000 Passagiere und 6.800 t Fracht befördert. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 war dies ein Zuwachs um 15,63% bzw. 6,46%. Es wird angenommen, daß sich die Lage der Gesellschaft, die 1998 große Verluste hinnehmen mußte (die Fluglinie meldete einen Nettoverlust von 75,7 Mio. MPtc [SCMP, 3.4.99]), in der zweiten Jahreshälfte weiter verbessert. (XNA, 2.7.99) -ljk-

33 Neue Zahlen über die Wirtschaftslage 1998

Nach neuesten Zahlen des Macau Statistics and Census Department nahm das reale Bruttoinlandsprodukt 1998 um 4% ab. Als Ergebnis wachsender Arbeitslosigkeit - die Arbeitslosenquote stieg von 3,2% im Jahr 1997 auf 4,6% im Jahr 1998 und erreichte zwischen April und Juni dieses Jahres mit 6,3% ihren Höchststand in den 90er Jahren - verzeichneten Macaus Haushalte weniger Einkommen, und der private Verbrauch sank 1998 um 1,1%. Bei den staatlichen Stellen führ-

ten die Aussetzung von Gehaltserhöhungen bei Staatsbediensteten und die Reduzierung öffentlicher Ausgaben zu einer Abnahme des staatlichen Verbrauchs um 1,3%. Schwer wog, daß die Einnahmen aus dem Glücksspielsektor, dem Hauptpfeiler bei den Staatseinkünften, 1998 drastisch um 15,1% sanken. Die privaten und staatlichen Anlageinvestitionen gingen 1998 im Vergleich zu 1997 um 10,6% zurück. (XNA, 22.7.99) -ljk-

34 Firmenneugründungen

Nach Angaben des Macau Statistics and Census Department wurden im ersten Halbjahr 1999 252 neue Firmen gegründet, ein Plus von 0,4% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1998. Ihr genehmigtes Kapital von 77,2 Mio. MPtc (9,65 Mio. US\$) entsprach im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 einer Abnahme um 5,8%. Im zweiten Quartal 1999 wurden 134 neue Firmen gegründet und 17 geschlossen. Fast die Hälfte der Firmen ließ sich registrieren, um den Groß- und Einzelhandel zu leiten sowie die Wartung und Pflege von Fahrzeugen und Haushaltswaren, Apartments, Restaurants und Hotels. 14,9% der neuen Firmen sind im Baugewerbe tätig. (XNA, 10.8.99) -ljk-

Taiwan

35 Taiwan gewinnt Papua-Neuguinea als neuen Verbündeten - für 16 Tage

Nachdem das taiwanische Außenministerium noch am 2. Juli im Hinblick auf eine entsprechende Pressemeldung erklärt hatte, ihm sei nicht bekannt, daß Papua-Neuguinea die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taiwan beabsichtige, geschah bald darauf ebendies: Am 3. Juli traf der Premierminister von Papua-Neuguinea, Bill Skate, in Begleitung seines Außenministers zu einem geheim gehaltenen Staatsbesuch in Taipei ein; am 5. Juli wurde dann eine Kommuniqué über die wechselseitige diplomatische Anerkennung unterzeichnet. Am selben Tag berichteten zwei

taiwanische Zeitungen über den Besuch. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 5. und 6.7.99) China protestierte sofort und forderte Papua-Neuguinea auf, seine „irrigende Entscheidung“ zu korrigieren. (XNA, 5.7.99) Bereits 1995 war es zu Spannungen zwischen Port Moresby und Peking gekommen, als Papua-Neuguinea ein Wirtschafts- und Technologieabkommen mit Taiwan unterzeichnet hatte.

Sogleich wurden Vermutungen laut, Taiwan habe sich den neuen Verbündeten mit Finanzausgaben erkauft. Außenminister Jason Hu (Hu Zhi-qiang) wies dies zurück und erklärte, „nicht ein Pfennig“ habe bei der Entscheidung eine Rolle gespielt. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 7.7.99) Noch am selben Tag gab der Vizepremier in Port Moresby allerdings an, Papua-Neuguinea bemühe sich in Taiwan um ein vergünstigtes Darlehen im Wert von 2,5 Mrd. US\$. (*The National*, Port Moresby, Internet-Ausgabe, nach SWB, 7.7.99) Im vergangenen Jahr hatten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds Kreditverhandlungen mit Papua-Neuguinea abgebrochen, weil Premierminister Skate nötige Wirtschaftsreformen verzögere. (FT, 6.7.99)

Der außenpolitische Erfolg erwies sich jedoch für Skate gleich nach seiner Rückkehr als schal: Um der sich abzeichnenden Niederlage bei einem gegen ihn eingebrachten Mißtrauensvotum im Parlament zu entgehen, trat er am 7. Juli von seinem Posten zurück. (FT, 8.7.99)

Daß Skate nicht mehr lange die Regierung in Port Moresby führen würde, war bereits erwartet worden. Außenminister Hu hatte sich daher schon zuvor zu der Erklärung genötigt gesehen, Skate habe ihm versichert, die Anerkennung Taiwans würde „jeden Wechsel der Regierung überleben“. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 7.7.99)

Diese Hoffnung erwies sich jedoch als trügerisch. Am 14.7. wählte das Parlament in Port Moresby Mekere Morauta, den bisherigen Oppositionsführer, zum neuen Regierungschef. Eine Woche später erklärte Morauta das Kommuniqué zur diplomatischen Anerkennung Taiwans für ungültig. Es bleibe bei dem Ein-China-Prinzip, al-

so bei der Anerkennung der VR China. (IHT, 15.7.99; XNA, 21.7.99; FT, 22.7.99)

Taiwans Außenministerium gab bei der Affäre keine gute Figur ab. Skates Sturz von der politischen Bühne zeichnete sich bereits ab; seiner Zusicherung, ein eventueller Nachfolger würde seine China/Taiwan-Politik fortführen, fehlte jede Grundlage. Skates Sprunghaftigkeit und seine wirtschaftspolitische Inkompetenz waren bekannt (NZZ, 8.7.99). Da seine Regierung Papua-Neuguinea heruntergewirtschaftet hatte, war Skates Motiv zur Anerkennung Taiwans klar: Mit einer taiwanischen Kreditzusage in eindrucksvoller Höhe in der Tasche hoffte er, sein politisches Überleben zu sichern. Jason Hu erklärte zwar mutig, Taiwan habe die einmalige Gelegenheit beim Schopfe greifen müssen, und es sei besser, einen riskanten Versuch zu wagen, als es gleich bleiben zu lassen. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 9.7.99) Daß er sich dabei zur Karte im innenpolitischen Poker eines anderen Staates machen ließ, stellt seiner Urteilsfähigkeit jedoch nicht das beste Zeugnis. Unbestätigten, aber auch nicht dementierten Presseberichten zufolge, plante das Außenministerium sogar Handelsanktionen gegen Australien, nachdem Canberra als wichtigster Geldgeber der früheren australischen Kolonie verlangt hatte, auf die Anerkennung Taiwans zu verzichten. (Radio Australia, Melbourne, nach SWB, 10.7.99) In einem unerwarteten Punkt allerdings untermauerte Papua-Neuguineas neuer Premier Jason Hus Glaubwürdigkeit. Eine Befragung der Delegationsmitglieder, die Skate und seinen Außenminister nach Taiwan begleitet hatten, ergab nämlich, daß Taiwan tatsächlich keine verbindlichen Kreditzusagen gemacht hatte. (Radio Australia, Melbourne, nach SWB, 22.7.99) -hws-

36 Äußerung von Präsident Li Teng-hui zum zwischenstaatlichen Charakter der Beziehungen Taiwan-China löst Krise aus

Weltweit wurde die Ostasienberichterstattung im Juli durch eine zeitweise dramatisch erscheinende Krise

in den Beziehungen zwischen Taiwan und China geprägt. Auslöser war eine Äußerung des taiwanischen Präsidenten Li Teng-hui in einem Interview, das er am 9.7. Reportern der Deutsche Welle gab. Der von der VR China als provozierend empfundene Satz daraus lautet: „Seit der Verfassungsänderung von 1991 [mit der die 'Republik China' auf Taiwan den Anspruch aufgab, ganz China zu vertreten] befinden sich die Beziehungen über die Taiwanstraße auf einer zwischenstaatlichen Ebene, zumindest ist es ein besonderes zwischenstaatliches Verhältnis.“ Daß „das Regime in Peking“ Taiwan als abtrünnige Provinz ansehe, gehe an der Realität vorbei, schließlich habe die VR China nach ihrer Gründung nie die Herrschaft über Taiwan und die zugehörigen Inseln ausgeübt. (Zum vollständigen chinesischen Originalwortlaut des Interviews s. ZY-RB, 10.7.99, englisch, s. SWB, 14.7.99; leicht gekürzte deutsche Fassung, s. *Freies Asien*, Bonn, 23.7.99, S.2-4)

Während die regierungsnahe Nachrichtenagentur China News Agency in ihrer ersten Meldung vom Nachmittag desselben Tages die Passage mit der „Zwei-Staaten-Theorie“ offenbar überhört oder übersehen hatte - oder verschweigen wollte? - und statt dessen Lis Forderung nach Gewaltverzicht in den Mittelpunkt rückte (nach SWB, 12.7.99), brachte die taiwanische Presse Lis Aussagen am nächsten Tag bereits als Hauptschlagzeile auf der ersten Seite. Bisher war statt von zwei Staaten auf chinesischem Territorium von zwei „politischen Gebilden“ die Rede gewesen. Was nach einer semantischen Nuancenverschiebung aussah - tatsächlich hatte Li Taiwan auch früher schon als souveränen Staat bezeichnet - enthüllte seine wahre Brisanz im Laufe der folgenden Tage, als die Propagandamaschinerie in der VR China anließ und Taiwan mit einer Militärintervention gedroht wurde (s. hierzu auch das Thema „Drohungen Beijings gegen den 'Secessionsnismus' Taiwans“ in diesem Heft).

In Taiwan wurde offenbar die gesamte politische Führung von Lis Wortwahl überrascht. Vizepräsident Lian Chan hatte noch am 5.7. betont, ein falscher Schritt im Dialog mit China könne die ganze Sache gefährden. (China News Agency, Taipei, nach SWB, 7.7.99) Ähnlich äußerte sich Shi

Hwei-yow (Xu Huiyou), Generalsekretär der Straits Exchange Foundation, am 6.7. gegenüber der Oppositionspartei DPP: „Stability is the cardinal principle in carrying out any policy towards mainland China.“ (China News Agency, Taibei, nach SWB, 8.7.99) Und tags darauf erklärte Su Chi (Su Qi), der Leiter des Rats für Festlandsfragen (MAC), der gerade in Washington Taiwans Chinapolitik erläuterte, die Beziehungen mit dem Festland hätten sich stetig entwickelt, und es sei nichts erkennbar, das sich auf diesen positiven Trend nachteilig auswirken würde. (China News Agency, Taibei, nach SWB, 9.7.99) Die am chinesisch-chinesischen Dialog Beteiligten - darunter auch Ku Chen-fu (Gu Zhenfu) als Verhandlungsführer auf taiwanischer Seite - bemühten sich nach dem Bekanntwerden von Lis Äußerungen denn auch sogleich um Schadensbegrenzung und beeilten sich zu erklären, sie erwarteten keine Auswirkungen auf die Gespräche. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 12.7.99; CP, 12.7.99) Selbst der Chef der kleinen wiedervereinigungsorientierten Oppositionspartei New Party sah die Lage am 11.7. noch gelassen: Lis Äußerungen nützten wenig, um Taiwans Position in der Welt zu festigen und würden nur die Festlandsbeziehungen verdunkeln. Politiker der Regierungspartei begrüßten Lis Zwei-Staaten-These demgegenüber als Klärung von Taiwans Position, während die unabhängigkeitorientierte Demokratische Fortschrittspartei zufrieden konstatierte, Li näherte sich ihrer Position an. (CP, 12.7.99)

Erst die militärischen Interventionsdrohungen machten in Taiwan offenbar allgemein bewußt, daß Lis These von den besonderen zwischenstaatlichen Beziehungen für die VR China nicht bloß eine Irritation, sondern eine massive Tabuverletzung bedeutete. Konkrete Auswirkungen hatte die entstehende, weltweit beachtete Krise in Taiwan selbst jedoch praktisch nur auf die Börse, die Mitte Juli innerhalb weniger Tage auf den Stand von Anfang Juli zurückfiel und dabei andere Aktienindizes der Region - einschließlich der für Ausländer vorgesehenen B-Aktien in China - mit sich riß. Ebenso kräftig war jedoch die folgende Erholung des Börsenbarometers: Nachdem staatli-

che Stützungskäufe den Abwärtstrend aufgehalten hatten, machten sich die Anleger die niedrigen Preise zunutze und begannen wieder zu kaufen. Zur neuen Zuversicht trugen auch Erklärungen des Verteidigungsministeriums bei, wonach tatsächliche Angriffsvorbereitungen auf dem Festland nicht feststellbar seien. Der Taiwan-Dollar erlitt nur einen geringen Kursverlust. (IHT, 14., 15., 20. und 21.7.99; AWSJ, 14.7.99) Ansonsten zeigte sich die Bevölkerung vom Säbelgerassel auf dem Festland wenig beeindruckt. (HB, 20.7.99) Umfragen ergaben eine breite Zustimmung von bis zu 75 Prozent der Befragten zur These des Präsidenten, Taiwan sei ein eigener Staat (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 20.7.99, AWSJ, 20.7.99) Die New Party brauchte neun Tage, um eine Protestveranstaltung gegen Li zu organisieren und kündigte für den 24.7. einen Protestmarsch an. (ZTS, 18.7.99)

Präsident Li erklärte später wiederholt, die Politik gegenüber dem Festland bleibe unverändert. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 15. und 22.7.99; AWSJ, 21.7.) Drei Punkte führte er jedoch genauer aus:

- Erstens wolle Taiwan am Ein-China-Prinzip festhalten. Dieses eine China gebe es jedoch gegenwärtig nicht; es könne nur als Ergebnis einer demokratischen Wiedervereinigung zustande kommen.
- Zweitens sei die These von den besonderen zwischenstaatlichen Beziehungen zum Festland nicht als Schritt zur formellen Unabhängigkeit eines Staates Taiwan zu verstehen, sondern solle der Inselrepublik lediglich die Fortexistenz und Fortentwicklung sichern.
- Drittens sei es zur Lösung der komplizierten Fragen rings um die Taiwan-Straße unabdingbar, daß beide Seiten von gleich zu gleich miteinander verhandelten.

Diese Interpretationen hielt der Rat für Festlandsfragen in einem Positionspapier als offizielle neue Sprachregelung fest. (ZYRB, 24.7.99)

Nachdem Lis Vorstoß in möglicherweise größerem Maße als von ihm vorausgesehen nicht nur in China auf hef-

tigste Ablehnung gestoßen war, sondern auch beim heimlichen Verbündeten USA als Abkehr vom Status quo Mißfallen erregt hatte, versuchte Taiwan, noch einen Bonbon für China hinterherzuschieben: Auf der Basis der Zwei-Staaten-These sei Taiwan auch zu politischen Verhandlungen bereit. Dieses - nämlich über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Insel und dem Festland zu sprechen - hatte die Regierung in Taibei bislang stets abgelehnt. Nun könnten alle Lieblingsthemen der Gegenseite zur Sprache kommen, also auch die Wiedervereinigung und die Einrichtung direkter Verkehrs-, Handels- und Telekommunikationsbeziehungen, erklärte Su Chi, MAC-Vorsitzender, in einem Presseinterview. In ähnlicher Weise wurde die Bereitschaft, auch über politische Grundsatzfragen zu verhandeln, später mehrmals wiederholt, blieb in der internationalen Berichterstattung jedoch weitgehend unbeachtet. Die neue Linie widerspricht allerdings den stets wiederholten Beteuerungen, Taiwans Politik gegenüber dem Festland bleibe unverändert. (AWSJ, 19.7.99; LHB, 21.7.99; ZYRB, 24.7.99)

Um das sich abzeichnende Ende des chinesisch-chinesischen Dialogs abzuwenden, erklärte Li mehrfach, die Führung in Peking solle doch nüchtern erkennen, daß seine Bemerkungen eine „positive, gute Wirkung auf die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland und deren Entwicklung“ besäßen - eine fromme Hoffnung. (Kyodo News Service, Tokyo, nach SWB, 23.7.99)

Widersprüche wie der, daß Taiwans Festlandspolitik mal als neu, mal als im Grundsatz unverändert ausgegeben wurde, waren typisch für die ersten zehn Tage nach Lis Interview und blieben es teilweise noch länger. Während sich Li nach außen hin zehn Tage lang in Schweigen hüllte, herrschte unter den Verantwortlichen Verwirrung hinsichtlich allerlei möglicher Konsequenzen. Sollten beispielsweise die 1991 formulierten Richtlinien für die Wiedervereinigung revidiert werden? Waren Änderungen an der Verfassung, am Staatsbürgerschaftsrecht und an anderen Gesetzen nötig? Erst am 20. Juli hatte sich die Situation offenbar so weit beruhigt, daß ein namentlich nicht ge-

nannter Regierungsbeamter bekannt geben konnte, es bestünden keine Pläne, die Wiedervereinigungsrichtlinien oder irgendwelche Gesetze umzuformulieren. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 22.7.99) Als dann am 22.7. Richard Bush als inoffizieller Taiwan-Gesandter der USA zu dreitägigen Konsultationen zwecks Krisenmanagements auf die Insel kam, führte dies zu keiner weiteren Revision der taiwanischen Chinapolitik. Li bestand weiterhin darauf, in Peking solle man sich zum Umdenken bequemen. (SCMP, 23.7.99)

Dafür gab es jedoch keine Anzeichen. Im Gegenteil: Um die Fortsetzung des chinesisch-chinesischen Dialogs zu sichern, wurde am 25. Juli in Taipei bekannt gegeben, der taiwanische Unterhändler Ku Chen-fu werde seinem festländischen Gegenpart der Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS) und deren Vorsitzendem Wang Daohan eine offizielle Erklärung zur Theorie der besonderen zwischenstaatlichen Beziehungen zukommen lassen. Dies erfolgte per Telefax am 30.7. Das Schreiben wiederholte jedoch offenbar nur die neue Sprachregelung und wurde daher von ARATS zurückgewiesen: Der Faxbrief stelle eine ernsthafte Verletzung der Übereinkunft von 1992 dar, wonach beide Seiten das Ein-China-Prinzip achten. Eine Absage des für den Herbst angesetzten Besuchs Wang Daohans auf der Insel, über die bereits vielfach spekuliert worden war, erfolgte bis Monatsende jedoch nicht - möglicherweise ein Indiz dafür, daß die VR China abwarten möchte, was aus Lis neuer These wird. (*Chung Kuo Shih Pao* [Zhongguo Shihbao], Taipei, nach SWB, 30.7.99; XNA, 31.7.99; SCMP, 31.7.99)

Zur Bewertung von Lis Zwei-Staaten-These sowie zu den Hintergründen s. den Beitrag „Taiwans Standort - Positionen, Hintergründe und Perspektiven im Konflikt mit der VR China“ in diesem Heft. -hws-

37 Präsidentenwahl 2000: die Hauptkontrahenten stehen fest

Acht Monate vor der nächsten Präsidentschaftswahl, zu der Li Teng-hui nicht erneut antritt, stehen die Hauptkontrahenten fest:

Am 10.7. bestimmte ein Sonderparteitag der Oppositionspartei DPP den früheren Taibeier Bürgermeister Chen Shui-bian nun auch offiziell zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Um Chen, der als populärster Kopf der DPP gilt, hatte es zuvor etliche parteiinterne Auseinandersetzungen gegeben. Unter anderem auf Betreiben von Chen war die DPP im Mai von ihrem einstigen unbedingten Ziel abgerückt, Taiwan als unabhängigen Staat auszurufen. (AWSJ, 12.7.99; CP, 12.7.99; vgl. C.a., 1999/5, Ü 33)

Am 16.7. erklärte James Soong (Song Chuyu), er werde als unabhängiger Kandidat antreten. Soong, Mitglied der Regierungspartei Kuomintang (KMT), war gewählter Provinzgouverneur von Taiwan, ehe er diesen Posten 1997 verlor, als die Provinzebene auf Betreiben von Präsident Li zu einer bloßen Stufe in der Verwaltungshierarchie degradiert wurde. Soong gilt als aussichtsreichster Bewerber. Ähnlich wie Chen Shui-bian verlangt auch Soong eine aktivere Chinapolitik als bisher. Er hat angekündigt, die vom Festland verlangten „Drei Verbindungen“, nämlich direkte Verkehrs-, Handels- und Telekommunikationsverbindungen, aufnehmen zu wollen, da dies im wirtschaftlichen Interesse Taiwans liege. Im Unterschied zu Chen allerdings ist Soongs Ziel nicht eine völlige Unabhängigkeit Taiwans, sondern ein stärkeres Zusammengehen mit China. (CP, 17.7.99; FT, 17./18.7.99)

Ende des Monats kündigte schließlich der jetzige Vizepräsident Lien Chan (Lian Zhan) seine Bewerbung an. Im August soll ihn ein Parteitag der KMT zum offiziellen Kandidaten der Regierungspartei machen. Lien hat angekündigt, Li Teng-huis politische Linie fortsetzen zu wollen. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 28.7. und 30.7.99)

Als vierter Kandidat steht das frühere DPP-Mitglied Hsu Hsin-liang (Xu Xinliang) fest. Ihm werden nur sehr geringe Chancen eingeräumt.

Bei einer Meinungsumfrage in Kaohsiung sprachen sich 40,5% für Soong, 27,8% für Chen und 13,6% für Lien als nächsten Präsidenten aus. (IHT, 5.7.99) Diese Werte sind zwar nicht repräsentativ, stimmen aber mit der Einschätzung aller Beobachter überein, wonach Soong die weitaus besten Chancen hat, Lis Nachfolge anzutreten. -hws-